

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 113. Ratssitzung vom 24. August 2016

2123. 2015/301

Postulat von Marianne Aubert (SP) und Simone Brander (SP) vom 09.09.2015: Bewilligung einer Strassenstrichzone auf einzelnen Abschnitten der Langstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Marianne Aubert (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1250/2015): Wir fordern auf einzelnen Abschnitten und in einigen Seitenstrassen im Langstrassengebiet, dass ein Strassenstrich bewilligt wird. Was heute an der Langstrasse in Sachen Prostitution läuft, ist eine Lüge. Vorne ist es verboten, es ist nicht im Strichplan, aber es gibt dort Salons, Kontaktbars und Prostitution. Wir fordern, dass man die Realität ehrlich abbildet. Die Kontrollen und Bussenerteilungen an die Prostituierten durch die Stadtpolizei sind unnötig. Sie führen zu erhöhter Polizeikapazität, Hektik und einer unklaren Rechtslage. Frauen, die in den Kontaktbars einen Freier finden, dürfen mit diesem nicht in die jeweilige Unterkunft laufen, das ist verboten. Würde man für die Sexarbeiterinnen auf gewissen Strassenabschnitten und Seitenstrassen einen Strassenstrich erlauben, könnte man sie aus der Illegalität holen und hätte klare Verhältnisse. Aufgrund von drohenden Bussen müssen die Sexarbeiterinnen sehr schnell ihre Geschäfte abklären, durch die kurze Verhandlungszeit kann man das Gefährdungspotenzial durch die Freier nicht genau abschätzen und den Gesundheitsschutz nicht in Ruhe verhandeln. Wir schlagen eine ehrliche Lösung vor. Die üblichen Kriterien der PGVO sollen dabei eingehalten werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

***STR Richard Wolff:** Auf den ersten Blick ist der Vorstoss wirklich unterstützenswert. Er würde einen Teil der Illegalität aufheben und weniger Polizeiarbeit bedeuten. Andererseits muss man die Auswirkungen bedenken, die eine Öffnung von Abschnitten und Seitenstrassen der Langstrasse mit sich bringt. Zu befürchten ist, dass Zustände entstehen, die dann wiederum zu Reklamationen Anlass geben, die man hatte, bevor Reglementierungen durchgesetzt wurden. Dass es Zustände sind, wie sie am Sihlquai waren, dass ein Autostrich mit Mehrverkehr entsteht. Die Abgrenzung der Querstrassen, die toleriert werden, von denen, die nicht toleriert werden, würde wieder mehr Kontrollen nach sich ziehen. Die heutige Situation ist nicht so untragbar für die Prostituierten. Es gibt Kontaktbars. Es ist ein Mythos, dass der Gang von der Kontaktbar zur Absteige gebüsst und kontrolliert werde. Die Verzeigungen insgesamt, inklusive Ausländerkontrollen, Aufenthalte usw., belaufen sich auf ungefähr 20 bis 80 pro Monat, das sind ein bis zwei am Tag. Im Verhältnis zu den durchgeführten Geschäften ist das wenig und zeigt, dass auch viel toleriert wird und viel auch im legalen Bereich stattfindet. Genau deshalb haben wir einen gut laufenden Strichplatz in Altstetten eingerichtet. Wir haben genug Angebote, die ausreichen sollten. Das Gleichgewicht an der Langstrasse zu*

2 / 4

stören, lehnen wir ab.

Weitere Wortmeldungen:

Simone Brander (SP): *Die Frage, ob es auf einzelnen Abschnitten der Langstrasse und auf Seitenstrassen einen legalen Strassenstrich geben soll, stellt sich seit langem. Die Kompetenz für die Definition des Strichplans liegt beim Stadtrat. Der Gemeinderat hätte die Möglichkeit gehabt, die Kompetenz beim Erarbeiten der PGVO an sich zu ziehen, er hat aber darauf verzichtet. Immer wieder kann man von der Sisyphusarbeit der Polizei auf der einen Seite, und den Klagen der NGOs auf der anderen Seite an der Langstrasse hören. Die Frauen werden kriminalisiert und sind schlechter für Prävention erreichbar. Natürlich gibt es Leute, die dort wohnen und sich durch die Prostituierten, die Freier, den Lärm und Abfall gestört fühlen, es gibt aber auch Leute, die sich an der Polizeiarbeit stören. Die heutige Situation hat mehr Nachteile, weshalb es ehrlich wäre, einen legalen Strassenstrich zu etablieren.*

Christina Schiller (AL): *Der Stadtrat hat schon längst Tatsachen geschaffen, um den Kreis 4 in ein sauberes Trendquartier umzuwandeln. Ein Sondertrupp der Polizei säubert seit längerem die Langstrasse. Die Polizeipräsenz im Quartier ist enorm. Personen, die verdächtigt werden, Prostitution auszuüben oder als Freier unterwegs sind, werden gebüsst. Partyvolk ist hier erwünscht, aber Prostitution scheint unerwünscht. Für uns gehören die Sexarbeiterinnen aber genauso ins Bild wie jeder andere auch. Deshalb unterstützen wir das SP-Postulat.*

Guido Trevisan (GLP): *Bei den ein bis zwei Verzeigungen am Tag ist es Realität, dass man als sich Prostituiierende sowie als Freier ständig in der Illegalität bewegt. Man hat ständig Angst, erwischt zu werden. Das ist ein schwieriger Zustand. Für das Postulat spricht, dass man bei einzelnen Gebieten der Langstrasse eine Einführung der Strassenprostitution prüfen kann und nicht die Augen davor verschliessen soll, was dort tagtäglich passiert. Dass man den Sexarbeitenden einen legalen Rahmen gibt für die Ausübung des Gewerbes und dies auch in Gebieten prüft, die über dem 50%-Wohnanteil liegen. Dies führt zur Enttabuisierung, das Abschieben des Gewerbes in die Industriezone ist nicht zweckmässig. Seit wir die Prostitutionsgewerbeverordnung verabschiedet haben, sind erst drei Jahre vergangen und wir konnten noch gar nicht alle Erfahrungen sammeln. Wir wünschen uns einen weiteren Bericht nach weiteren drei Jahren. Es braucht eine genauere Auswertung, auch was die Verzeigungen betrifft. Deshalb wählen wir in der Fraktion die Stimmfreigabe.*

Andreas Egli (FDP): *Wir sind gegen die Einführung eines Strassenstrichs in Teilen der Langstrasse. Wir befürchten, dass man die schwierige Situation, die man am Sihlquai hatte, plötzlich wieder in der Langstrasse hat. Man hat mit sehr viel Geld und Aufwand den Depotweg für die Strassenprostitution eingerichtet, das ist ein anderes Angebot als Prostitution aus den Kontaktbars heraus oder in den Kleinsalons. Wir finden es nicht sinnvoll, dass man diese Prostitutionsarten wieder vermischt, zumal die Prostituierten, die in den Kontaktbars arbeiten, sich nachher darüber beklagen, dass man wieder zusätzlich Strassenprostitution hat, die ihnen das Geschäft vermiest. Strassen-*

prostitution ist auf den Depotweg und auf die bestehenden Strichabschnitte beschränkt, das halten wir in der jetzigen Entwicklung für gut und werden den Antrag ablehnen.

Markus Hungerbühler (CVP): *Die CVP unterstützt das Postulat. Wir sind grundsätzlich zufrieden mit der Entwicklung in Sachen Prostitution, doch beim jetzigen Strichplan braucht es gewisse Justierungen. Das Postulat kann man prüfen und das sollte man auch tun. Dabei wird man sehen, ob es Möglichkeiten gibt.*

Christoph Marty (SVP): *Die SVP wird das Postulat in der für uns zu offenen Form ablehnen. Allenfalls käme für uns eine Öffnung des sogenannten Bermuda-Dreiecks im oberen Teil der Langstrasse für die Strassenprostitution in Frage. Dafür müssten die Prostituierten Rückzugsmöglichkeiten in Kleinsalons oder Zimmern haben, was heute nur ungenügend der Fall ist. Die Gefahr besteht, dass sie ihr Geschäft in Hinterhöfen oder Parks ausüben und das geht nicht. Heute wird ein wenig schnell gebüsst, da sollte die Stadt ein wenig liberaler agieren. Wir lehnen das Postulat ab.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Wir werden das Postulat ablehnen, hoffen aber, dass die Stadt Wort hält. Denn das Gleichgewicht, wie es vom Stadtrat dargestellt wurde, haben wir noch nicht. Zumindest nicht für die Frauen. Es kann nicht sein, dass man als Frau in der Langstrasse schon gebüsst wird, wenn man ein bisschen zwinkert. Oder auf dem Weg vom Salon in der Anschaffbar bis zum eigenen Zimmer. Hier müsste die Polizei pragmatischer werden. Wir haben schon viel an der Langstrasse, auch die ganze Drogenproblematik, wir sorgen uns darum, dass es mal kippt. Aber wir möchten weiterhin beobachten, ob die Stadtpolizei die Frauen auch wirklich schützt und nicht einfach repressiv gegen sie vorgeht.*

Niklaus Scherr (AL): *Wenn wir von der Strassenprostitution reden, taucht häufig der Sihlquai auf. Das ist ein klassischer Autostrich, der eigentlich in den Depotweg verlegt worden ist. Die Strassenprostitution, wie sie im Niederdorf oder in der Langstrasse stattfindet, die von der Kontaktaufnahme auf der Strasse dann in einen Salon oder eine Wohnung führt, ist eine völlig andere. Auch wenn es nur ein bis zwei Bussen pro Tag gibt, ist die Schwierigkeit trotzdem da, dass man immer mit einem halben Bein in der Illegalität steht. Es gibt eigentlich drei Orte, wo Strassenprostitution stattfinden kann. An der Häringstrasse, mit einer extremen zeitlichen Limitierung, dem Depotweg und in der Brunau. Gerade Brunau ist eine No-Go-Area, absolut problematisch, weil das Gebiet so vereinsamt ist, dass es dort Null Sicherheit gibt. Zum Glück wird das Areal nicht so genutzt. Natürlich gibt es immer eine Angst, vor allem auch bei der Stadtpolizei, wenn man denkt, man hat jetzt etwas im Griff. Mit der Illegalität, die herrscht, der ganzen Zuhältermafia, ist damit das Problem auch nicht verschwunden. Vielleicht ist eine dosierte Form sinnvoller, womit man andere Bereiche wieder strenger angehen kann. Im Alltag stelle ich fest, dass die Quartierpolizisten mit Augenmass einschreiten. Doch die Frage für die Betroffenen ist immer, ob sie einen guten oder schlechten Tag erwischt haben. Die Qualität jeder Regulierung muss sein, ob sie alltagstauglich ist oder permanent zu einem Graubereich führt. Die dann auch den einzelnen Polizisten in einen Clinch bringt, ob er jetzt die Verzeigung macht oder nicht. Deshalb sollten wir überlegen, ob es nicht vielleicht für das Bermuda-Dreieck eine Lösung gibt. Dann müssten aber*

4 / 4

auch legale Möglichkeiten für das Gewerbe vorhanden sein, gewisse Räume in dem Gebiet zu nutzen.

Stefan Urech (SVP): *Vor kurzem mussten wir für 2,5 Millionen Franken die Sexboxen bauen lassen, dann sei der Strassenstrich aus dem Kreis 5 weg. Jetzt will die gleiche Partei wieder einen Strassenstrich eröffnen. Ich wohne seit 17 Jahren in dem Kreis und es gab ein Jahr, wo es am Sihlquai zu unzumutbaren Zuständen geführt hat. Das war 2008, als wir die Personenfreizügigkeit eingeführt haben. Wenn Schlepperbanden etwas toll finden, dann offene Grenzen ohne Kontrollen. Es ist heuchlerisch, so zu tun, als ob man sich wahnsinnig für die Frauen einsetzt und gleichzeitig mit der eigenen Europapolitik genau Tür und Tor für die Menschenhändler öffnet.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Wenn man ein Gesetz hat, muss man sich fragen, ob man es auch richtig umsetzen kann. Augenmass ist keine Basis, um es vernünftig umzusetzen, denn es ist immer noch eine gewisse Willkür. Wenn die Frauen immer noch das Gefühl haben, sie stehen mit einem Bein mit dem Gesetz in Konflikt, ist das keine vernünftige Lösung. Man sollte hier für die Erweiterung stimmen, denn sie bildet eine reale Situation ab.*

Das Postulat wird mit 58 gegen 61 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat